

## **Die an die belgische Regierung gerichtete Online-Petition "Kein 5G" wurde von der Hostingseite Change.org entfernt !**

Am 31. März, mitten in den Einschränkungen des Lockdown, sorgt Proximus für eine Überraschung. Der Telekommunikationsbetreiber, bei dem der belgische Staat Hauptaktionär ist, kündigte die Einführung von "5G light" auf ungenutzten 3G-Frequenzen in 30 belgischen Gemeinden an. Obwohl die Auktion für 5G in Belgien noch nicht eröffnet wurde, die Standards von einer Region zur anderen unterschiedlich sind und die Debatte über die Folgen von 5G für die öffentliche Gesundheit noch lange nicht abgeschlossen ist, lassen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. In der politischen Welt und in der Bevölkerung sind viele Menschen bewegt, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, zumal das Timing besonders herausfordernd ist.

Von dieser Ankündigung schockiert, startete Marie-Laure Béraud, eine Brüsseler Internetnutzerin, sofort eine Online-Petition mit dem Titel "Kein 5G", die sie an die belgische Regierung richtete. Der verfasste Text erinnert an die Gefahren von 5G für Natur und Gesundheit und endet mit einer Verurteilung der von Proximus angewandten Methode: "Zu einem Zeitpunkt, da wir sehen, wie schwach wir angesichts dieser Pandemie sind, ist es inakzeptabel, diese Zeit der Gefangenschaft zu nutzen, um uns diesen Wahnsinn aufzuzwingen." Dieser Text, der in Form eines Aufschreis geschrieben wurde, wurde sofort angenommen, und die Petition wurde noch am selben Abend von 30.000 Menschen unterzeichnet. Zehn Tage später wurden bereits 105.000 Unterschriften gesammelt. Dies ist wahrscheinlich das erste Mal, dass in Belgien in so großem Umfang Widerstand gegen 5G geäußert wurde.

Aber am Morgen des 10. April zeigte die Seite der Petition nur noch ein Fragezeichen, gefolgt von den Worten: "Peinlich... die von Ihnen gesuchte Seite kann nicht gefunden werden."

In Wirklichkeit wurde die Petition gelöscht, wie Marie-Laure Béraud erfuhr, als sie eine E-Mail vom US-Büro der Plattform Change.org erhielt, auf der sie die Petition veröffentlicht hatte. Eine Standardnachricht, in der sie ohne weitere Einzelheiten darüber informiert wurde, dass diese Entscheidung dadurch getroffen wurde, weil "ein Teil des Inhalts Ihrer Petition gegen die Regeln der Gemeinschaft verstößt".

Gemäss den von Change.org angeführten Regeln und Nutzungsbedingungen ist die Plattform in der Tat berechtigt, Petitionen nach Belieben zu löschen, wenn sie gegen das Gesetz verstossen, Hassreden verbreiten, zur Gewalt aufrufen, Kinderpornografie oder sexuelle Ausbeutung fördern, die Privatsphäre anderer verletzen oder jede Form der Einschüchterung anwenden. Obwohl diese Regeln weitgehend auslegungsbedürftig sind, ist es schwierig zu erkennen, inwiefern der Text dieser Petition gegen diese Regeln verstoßen würde. Selbst wenn eine Passage problematisch ist, wie kann es gerechtfertigt werden, eine Petition ohne Vorwarnung zu löschen, nachdem sie so viele Unterschriften gesammelt hat, anstatt sie vorübergehend auszusetzen und den Autor zu bitten, den umstrittenen Satz zu ändern?

Als die E-Mail, die Marie-Laure Béraud erhielt, mit einer möglichen Diskussionseröffnung endete ("Danke, dass Sie Change.org benutzen, wir stehen Ihnen für Fragen zur Verfügung"), schrieb sie direkt an die Plattform, um deren einseitigen Entscheidung anzufechten. Sie kontaktierte den Pressedienst von Change.org in Europa und fragte nach den Gründen für die Entfernung, ob dies in ihrem Unternehmen üblich sei und ob die Entscheidung aus eigener Initiative oder aufgrund von Beschwerden der "Community" oder sogar der Empfänger der Petition getroffen wurde. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels ist noch keine Antwort eingegangen.

Auf jeden Fall zeigt diese Episode einmal mehr die Schwäche von Bürgerinitiativen angesichts der großen Internetplattformen - wie Change.org, das trotz seines Domainnamens .org und seiner Mission, "die Menschen zu befähigen, den Wandel zu schaffen, den sie sehen wollen", vor allem ein kommerzielles Unternehmen ist. Die kalifornische Plattform, die den Spitznamen "Amazon der Online-Petitionen" trägt, hat derzeit 359.920.771 Benutzer in 196 Ländern und ein Team von 249 Mitarbeitern. Ihr Geschäftsmodell basiert auf Spenden, Fundraising, Marketing und der Nutzung persönlicher Daten.

Im Jahr 2016 bestätigte eine Umfrage der italienischen Wochenzeitung L'Espresso, dass Change.org die E-Mail-Adressen der Unterzeichner von Petitionen (entweder an Organisationen, die eine Petition lanciert hatten, oder z.B. an andere NGOs oder politische Parteien) weiterverkaufte und sie nach ihren politischen Meinungen profilierte. Einige NGOs wie Oxfam gaben damals zu, solche Daten von Change.org gekauft zu haben, während andere es vorzogen, ausweichend zu antworten. Die damaligen Tarife reichten von 1,5 € pro E-Mail-Adresse (bei einem Kauf unter zehntausend Adressen) bis zu 85 Cent (bei einer Anzahl über 500.000). Das war, bevor die Allgemeinen Datenschutzbestimmungen in Kraft traten, und es ist nicht bekannt, wie die Praktiken von Change.org seither aussehen. Aber eines ist klar: Die Praktiken solcher Plattformen werden nicht in erster Linie von der Berufung diktiert, "Veränderung zu schaffen". Und während die Petition gegen 5G zusammen mit ihrer politischen Bedeutung verschwunden ist, bleibt die Liste der Unterzeichner potentiell geldbringend.

10. April 2020, Gwenael Brees

<http://www.alterechos.be/change-org-supprime-105-000-signatures-contre-la-5g/>